

Presseinformation:

Schulbeginn nach den Osterferien: Worauf es jetzt ankommt!

1. Das Schuljahr sicher für alle zu Ende bringen und optimistisch in die Zukunft gehen!

Mittlerweile besteht weitgehender Konsens darin, dass das Schuljahr 2020/21 kein normales Schuljahr ist. Jetzt geht es darum, die letzten Unterrichtsstunden und Prüfungen für alle sicher zu gestalten und in Ruhe zu Ende zu führen. In Zeiten der Pandemie ist nicht das gelernt worden, was in „normalen“ Schuljahren gelernt wird. Darüber in Panik zu geraten, ist verfehlt. Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Jeder weiß, dass Vieles von dem, was gelernt wurde, schnell wieder in Vergessenheit gerät. An die Stelle des Vergessenen tritt neues, anderes Wissen. In der Pandemie wurden lebenswichtige Erfahrungen gemacht. Gelernt wurde z.B. etwas über soziale Bedürfnisse, Eigenverantwortung, Selbstwirksamkeit, Umgang und Schwierigkeiten in Bezug auf digitale Medien. Würdigen wir das damit verbundene Wissen. Machen wir Kindern und Jugendlichen keine Zukunftsängste, indem wir über eine Corona-Generation und minderwertige Abschlüsse lamentieren. Konzentrieren wir uns auf das, was jetzt erforderlich ist. Etwas schlecht zu reden, hilft nicht weiter.

2. Für die Zukunft planen: Von der Schülerin, vom Schüler ausgehen!

Wie in vielen anderen Bereichen hat die Pandemie auch im Bildungsbereich Mängel wie unter einem Brennglas in den Fokus gerückt. U.a. gehört dazu, dass die Kenntnisse unserer Schüler*innen nach den Schulschließungen und dem Distanzunterricht so ungleich wie nie sind. Für die Zukunft planen, heißt nicht vom Stoff, sondern von den Schüler*innen auszugehen. In vielen Familien hat die Pandemie zu außergewöhnlich schwierigen Situationen geführt. Studien und Beobachtungen belegen einen gravierenden Anstieg psychischer und sozialer Beeinträchtigungen bei einer nicht unerheblichen Anzahl von Kindern und Jugendlichen. Gemäß der UN-Kinderrechtskonvention ist das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen. In diesem Sinne muss die Schule professionell agieren und sensibel vorgehen. Dies bezieht sich sowohl auf Angebote in den Sommerferien als auch auf die Aufarbeitung von versäumtem Stoff. Die Bearbeitung von Defiziten darf nicht individualisiert und privatisiert werden. Es ist Aufgabe der Schule, die Klassen wieder systematisch für einen gemeinsamen Unterricht zusammenzuführen. Ebenfalls darüber nachzudenken ist, ob alles, was in unseren Fachanforderungen steht, wirklich erforderlich ist. Weniger und eine Konzentration auf das Wesentliche sind im Sinne eines nachhaltigen Lernens mehr. Wir fordern die Bildungsadministration auf, jetzt (d.h. möglichst bis zum Beginn des nächsten Schuljahres) Konzepte für ein zukunftsorientiertes Lernen zu entwickeln, das sich an der Pädagogik der Vielfalt orientiert. Ebenso fordern wir dazu auf, die vielen Schüler*innen, die jetzt oder in den nächsten Jahren ihren Schulabschluss machen mehr als zuvor in ihren Bemühungen der Berufsfindung zu unterstützen. Jeder Jugendliche hat einen Anspruch auf eine ihm gemäße Berufsausbildung.

3. Abschulungen von den Gymnasien untersagen!

Unsere Gemeinschaftsschulen werden in den nächsten Schuljahren zusätzliche Herausforderungen zu bewältigen haben. Viele ihrer Schüler*innen sind von den Auswirkungen der Pandemie besonders betroffen, so z.B. Schüler*innen aus sozial benachteiligten Familien, Schüler*innen mit Behinderungen und solche, die Deutsch als Zweitsprache lernen. Hinzukommen diejenigen, die aus den Grundschulen nicht die Voraussetzungen mitbringen, die für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht des 5. Jahrgangs erforderlich sind. Deshalb ist eine zusätzliche Belastung durch die Aufnahme von abgeschulten Schüler*innen der Gymnasien in dieser Situation nicht zumutbar. Alle, die Abschulungen veranlassen, sollten auch versuchen, sich in die psychische Situation der von einer Abschulung bedrohten Schüler*innen hineinzusetzen. Oft werden es diejenigen sein, die von zu Hause keine hinreichende Unterstützung bekommen konnten, die in besonders schwierigen häuslichen Verhältnissen leben. Diese jetzt aus ihrer sozialen Bezugsgruppe herauszureißen, würde ihre Situation weiter erschweren. Von den Gymnasien muss erwartet werden, dass sie die von ihnen aufgenommenen Schüler*innen auch fördern und damit ihren Beitrag zur Bewältigung der Pandemiefolgen leisten.

4. Die Arbeit der Lehrkräfte würdigen und unterstützen!

Unsere Lehrkräfte und Schulleitungen haben in der Zeit der Pandemie bis an ihre Belastungsgrenzen und teilweise darüber hinaus gearbeitet: oft in einem Zustand der Ungewissheit bezüglich der vorgesehenen und umgesetzten Sicherheitsvorkehrungen, oft auch mit Anforderungen konfrontiert, die zu kurzfristig und teilweise nicht umsetzbar waren. Nicht immer hatten sie dabei das Gefühl, mit ihren Kompetenzen von ihrer vorgesetzten Bildungsbehörde hinreichend respektiert und berücksichtigt worden zu sein. Zwar hat das Bildungsministerium auf entsprechend vorgetragene Kritik reagiert, aber bei weitem noch nicht ausreichend genug.

5. Die Personalversorgung verbessern, Bildungsausgaben steigern!

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben und die Aufarbeitung der Folgen der Pandemie brauchen unsere Schulen zusätzliches Personal u.a. in Form von Lehrkräften, Sozialpädagog*innen und Schulassistent*innen. Zwingend erforderlich ist ein qualitativer Ausbau des Ganztagsangebotes. Das alles kostet Geld. Es muss unbedingt und dauerhaft investiert werden. Die Bildungsausgaben Schleswig-Holsteins je Schüler*in liegen unter dem Bundesdurchschnitt. Eine Angleichung an den Bundesschnitt könnte schon einiges bewirken. Ebenso investiert werden muss in die Gebäude unserer Schulen sowie den weiteren Ausbau und die Verstärkung der Digitalisierung. Die GGG unterstützt die Bemühungen um ein milliardenschweres Investitionsprogramm für Bildung. Wir sehen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam in der Pflicht.

6. Aus der Krise lernen – die Zukunft gestalten¹

Mit diesem Slogan ruft die GGG zu einer grundsätzlichen Bildungsreform auf. In der Corona-Krise ist offensichtlich geworden, dass bildungspolitischer Anspruch und Schulwirklichkeit oft weit auseinander klaffen. Dieser Aufruf soll dazu beitragen, die Krise als Chance zu sehen und zum Anlass zu nehmen, unser Bildungssystem zukunftsfähig zu machen. Zu beantworten sind Fragen wie:

Was können und sollen junge Menschen in der Schule wirklich lernen?

¹ Siehe: www.ggg-web.de

Was ist essentiell für einen solidarischen Umgang miteinander, für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur, für ein erfülltes Leben als selbstbestimmtes Mitglied einer demokratischen Gesellschaft?

Wie muss ein den Menschenrechten verpflichtetes und einer demokratischen Gesellschaft angemessenes Schulsystem aussehen?

Für Schleswig-Holstein schlagen wir vor, möglichst sofort einen umfassenden Bildungsdialog zu initiieren mit dem Ziel, aus den in der Pandemie wahrgenommenen Defiziten unseres Bildungssystems zu lernen und ein zukunftsorientiertes Bildungssystem zu schaffen.

Dieter Zielinski

Schwentinental, den 15.4.2021

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dieter Zielinski, Landesvorsitzender GGG-Schleswig-Holstein, Langeskovweg 11, 24222 Schwentinental